

Bronze für alle: Kein Kind darf die Grundschule als Nichtschwimmer verlassen!

Drucksache 18/20418 · eingebracht 2026-07-07 – Antragsteller: **SPD**

Bildung

Sport

Soziales

Gesundheit

Teilhabe

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert, dass alle Kinder die Grundschule mit dem Deutschen Schwimmabzeichen Bronze verlassen müssen – durch verbindliche Lehrplanänderung, systematische Datenerfassung, Ausbau von Lehrschwimmbecken, Assistenzpool und frühkindliche Wassergewöhnung.

KERNFORDERUNGEN

- Verbindliche Bronze-Vorgabe im Lehrplan
- Systematische Erfassung der Schwimmfähigkeit ab 2027/28
- Landesweites Konzept für Wassergewöhnung in Kitas
- Aufbau eines landesweiten Schwimmassistenten-Pools
- Priorisierung von Förderung nach Sozialindex und Standort

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag verankert Schwimmen als grundlegende Teilhabekompetenz und adressiert systemisch Ungleichheit, Infrastrukturdefizite und Bildungsverantwortung. Er stärkt Menschenwürde (sichere Teilhabe), Solidarität (gemeinsames Ziel für alle Kinder), soziale Gerechtigkeit (Fokus auf benachteiligte Regionen und Einkommensgruppen) sowie Transparenz & Mitbestimmung (systematische Datenerhebung ab 2027/28). Ökologische Nachhaltigkeit bleibt unberührt, da kein Bezug zu Ressourcen oder Klima besteht — das ist neutral, nicht widersprüchlich.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Verankerung von Schwimmen als Teilhaberecht
- Systemischer Ansatz: Infrastruktur, Personal, Daten, Frühförderung
- Soziale Gerechtigkeitsorientierung durch Sozialindex-Priorisierung
- Starke Verknüpfung von Bildung, Sicherheit und Prävention

Schwächen

- Kein Bezug zur ökologischen Nachhaltigkeit (z. B. energieeffiziente Badetechnik)
- Keine konkrete Regelung zur Mitbestimmung von Kindern/Jugendlichen im Konzeptprozess

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	+	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	++	•	•
D · BÜRGER:INNEN	++	++	•	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	•

++ stark fördernd + fördernd • neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde in der Daseinsvorsorge Bewertung: +5

Schwimmen als Sicherheits- und Teilhaberecht für alle Kinder

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +5

Priorisierung unterversorgter Regionen, Sozialindex bei Förderung von Lehrschwimmbecken

D2 Solidarität in der öffentlichen Leistung Bewertung: +4

Verbindliche Umsetzung des Bronzeabzeichens als gesellschaftlicher Standard

D5 Transparenz & Mitbestimmung in der Daseinsvorsorge Bewertung: +4

Systematische Erfassung der Schwimmfähigkeit ab 2027/28 als Grundlage für Steuerung

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag spiegelt Kernziele des SPD-Wahlprogramms 2022 wider: Chancengleichheit, soziale Durchlässigkeit im Bildungswesen, Stärkung der Daseinsvorsorge und Bekämpfung von Kinderarmut. Die Forderung nach sicherem Schwimmen als Teilhaberecht entspricht direkt dem Anspruch auf 'Bildungseinrichtungen, die in besonders herausfordernden Lagen' unterstützen (S. 25–27).

„Wir wollen allen Schülerinnen und Schülern den sozialen Aufstieg über ein Abitur oder eine duale Ausbildung ermöglichen.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 27

PARTEIPROGRAMM

9/10

Das Hamburger Programm betont Bildung als Schlüssel zur sozialen Teilhabe und die Notwendigkeit, Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft aufzubrechen. Der Antrag operationalisiert dies konkret durch infrastrukturelle und pädagogische Maßnahmen für alle Kinder – inklusive der Forderung nach Ganztagschule als Lebensmittelpunkt (S. 64).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU**WAHLPROGRAMM**

8/10

Der Antrag ist kompatibel mit CDUs Schwerpunkten auf Sicherheit, Gesundheit und Sportförderung (S. 85–86). Die Forderung nach einem Schwimmzentrum und dem Förderprogramm 'Moderne Sportstätte 2027' zeigt Übereinstimmung. Allerdings fehlt die CDU-typische Betonung von Eigenverantwortung und Elternmitwirkung; stattdessen wird staatliche Verpflichtung betont.

„Wir etablieren ein Schwimmzentrum in Nordrhein-Westfalen, in dem Aufgaben des Schwimmenlernens auf unterschiedlichen Niveaustufen bis hin zum Lebensretten im Wasser gebündelt werden können.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 86

PARTEIPROGRAMM

8/10

Die CDU betont im Grundsatzprogramm den Beitrag des Sports zum friedlicheren Miteinander und zur Achtung anderer (S. 41). Der Antrag stärkt diese Werte durch inklusives Schwimmenlernen. Ein geringer Spannungspunkt liegt in der starken staatlichen Steuerung (z. B. verbindlicher Lehrplan), während die CDU Subsidiarität und Schulautonomie bevorzugt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht grünen Zielen zur sozialen Gerechtigkeit, Teilhabe und Gemeinwohlorientierung. Die Forderung nach frühkindlicher Wassergewöhnung, Assistenzpool und Priorisierung benachteiligter Regionen korrespondiert mit dem grünen Fokus auf 'soziale Durchlässigkeit' und 'diskriminierungsfreie Förderung' (S. 116–117, S. 59–60).

„Wir bilden mit einem Sportfördergesetz die Grundlage dafür, dass alle Menschen in NRW die Möglichkeit haben, entsprechend ihren Wünschen und Fähigkeiten Sport zu treiben.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 117

PARTEIPROGRAMM

9/10

Das Grüne Grundsatzprogramm (2020) verankert Kinderrechte, diskriminierungsfreie Förderung und regionale Kreisläufe (S. 59, 61). Der Antrag realisiert dies durch strukturelle Unterstützung für benachteiligte Kinder und Kooperation mit lokalen Akteuren – voll im Sinne der 'solidarischen Stadt' und des Rechts auf Teilhabe.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

5/10

Der Antrag steht im Spannungsfeld zur FDP-Politik: Einerseits unterstützt er Bildung und Gesundheit als zentrale Aufgaben (S. 5, 26), andererseits setzt er starke staatliche Verpflichtung (verbindlicher Lehrplan, erhöhter Verbundsatz), was der FDP-Forderung nach 'weniger Staat, mehr individuelle Freiheit' widerspricht. Die FDP lehnt Zwangsmaßnahmen ab, auch wenn sie Bildung fördert.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

4/10

Das FDP-Grundsatzprogramm (2012) betont individuelle Freiheit, Eigenverantwortung und schlanken Staat. Der Antrag fordert hingegen umfassende staatliche Intervention (verbindliche Ziele, Finanzierungspflicht, Datenpflicht). Dies widerspricht dem Kernwert 'Freiheit vor Staatsverantwortung'. Keine passenden Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

2/10

Der Antrag widerspricht zentralen AfD-Positionen: Er fordert staatliche Zwangsmaßnahmen (verbindliches Bronzeabzeichen), massive öffentliche Investitionen (Infrastruktur, Assistenzpool) und sozialstaatliche Umverteilung (Priorisierung nach Sozialindex) – alles entgegen der AfD-Forderung nach 'Gegen staatliche Eingriffe', 'Subventionen reduzieren' und 'Eigenverantwortung statt staatlicher Bevormundung'. Keine passenden Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

Keine passenden Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: den Lehrplan für den Schulsport in den Grundschulen zu überarbeiten und die vier Niveaustufen des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 4. Mai 2017 verbindlich zu implementieren;

den Lehrplan für den Schulsport in den Grundschulen zu überarbeiten und die vier Niveaustufen des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 4. Mai 2017 verbindlich zu implementieren – unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern mit Behinderung und neurodiversen Lernprofilen;

Begründung: Stärkt GWÖ-Wert 'Menschenwürde' (D1) und 'Soziale Gerechtigkeit' (D4) durch explizite Inklusionsverpflichtung – aktuell nur implizit angedeutet.

Vorschlag 2 von 3

Original: gemeinsam mit den Kommunen, den Schwimmverbänden und den Trägern der freien Jugendhilfe ein landesweites Konzept zur frühkindlichen Wassergewöhnung und Wasserbewältigung im Kita-Alter zu entwickeln;

gemeinsam mit den Kommunen, den Schwimmverbänden und den Trägern der freien Jugendhilfe ein landesweites Konzept zur frühkindlichen Wassergewöhnung und Wasserbewältigung im Kita-Alter zu entwickeln, das insbesondere barrierefreie Zugänge, geschlechtergerechte Angebote und kulturelle Sensibilität sicherstellt;

Begründung: Ergänzt GWÖ-Werte 'Solidarität' (D2) und 'Transparenz & Mitbestimmung' (D5) durch partizipative, diversitätsbewusste Gestaltung – entspricht grünem und SPD-Ziel der 'Vielfalt schützen und unterstützen' (Q14, Q24).

Vorschlag 3 von 3

Original: die Förderung und Finanzierung von Schwimmassistenten dauerhaft sicherzustellen und einen landesweiten Assistenzpool aufzubauen, der insbesondere Schulen unterstützt, an denen Schwimmunterricht nicht oder nur eingeschränkt stattfinden kann;

die Förderung und Finanzierung von Schwimmassistenten dauerhaft sicherzustellen und einen landesweiten Assistenzpool aufzubauen, der qualifizierte, tarifgebundene Fachkräfte beschäftigt und faire Arbeitsbedingungen garantiert;

Begründung: Stärkt GWÖ-Wert 'Soziale Gerechtigkeit' (D4) und 'Solidarität' (D2) durch klare Tarifbindung – entspricht SPD-Forderung nach 'Tariftreue bei öffentlicher Vergabe' (Wahlprogramm 2022) und grünem Ziel 'Gute Arbeit' (Q12, Q15).

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-128

Ja: SPD Nein: AfD CDU △ GRÜNE △ Enth.: FDP

△ Heuchelei (Nein trotz Wahlprogramm-Match $\geq 7/10$)

Original-Antrag

Drucksache 18/20418

Bronze für alle: Kein Kind darf die Grundschule als Nichtschwimmer verla-

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

07.07.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

Bronze für alle: Kein Kind darf die Grundschule als Nichtschwimmer verlassen!

I. Ausgangslage

Schwimmen zu können ist eine grundlegende motorische Basiskompetenz und eine unverzichtbare Voraussetzung für Sicherheit, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe. Dennoch verschlechtert sich die Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen seit Jahren. Laut Angaben des Schwimmverbandes NRW verlassen nur noch etwa 50 Prozent der Grundschülerinnen und Grundschüler die Primarstufe als sichere Schwimmer. Rund 25 Prozent der Kinder verfügen am Ende ihrer Grundschulzeit sogar über keinerlei grundlegenden Schwimmfähigkeiten.¹ Die ersten Kommunen in NRW ziehen daher nun die Reißleine: mehrere Kommunen wie Verl, Hagen und Porta Westfalica haben Zugangsbeschränkungen für Freibäder beschlossen. Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren ohne Begleitung eines Erwachsenen kommen nur noch ins Freibad, wenn sie mindestens das Bronzeabzeichen nachweisen können. Der Bundesverband Deutscher Schwimmmeister bewertet diese Entwicklung als einen längst überfälligen Schritt und fordert eine bundesweite Orientierung am Bronzeabzeichen als Nachweis sicherer Schwimmfähigkeit.²

Die öffentliche Diskussion verdeutlicht ein gravierendes Problem: Zu viele Kinder verfügen nicht über die Schwimmkompetenzen, die für eine sichere Teilnahme am gesellschaftlichen Leben notwendig sind. Wer nicht schwimmen kann, ist von Freizeitangeboten ausgeschlossen, trägt ein erhöhtes Unfall- und Ertrinkungsrisiko und erlebt Einschränkungen bei der sozialen Teilhabe. Besonders problematisch ist dabei die soziale Schieflage. Kinder aus einkommensschwachen Familien sind nach vorliegenden Untersuchungen etwa viermal häufiger Nichtschwimmer als Kinder aus finanziell besser gestellten Haushalten.³ Die Schwimmfähigkeit eines Kindes darf jedoch nicht vom Einkommen der Eltern oder vom Wohnort abhängen.

Bereits vor einem Jahr hat die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag „Jedes Kind muss schwimmen können – wir brauchen mehr Einsatz für die Erhaltung der Schwimmkompetenz!“ (Drucksache 18/14543) konkrete Vorschläge vorgelegt, um die Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern. Die Anhörung der Sachverständigen hat die damaligen Forderungen eindrucksvoll bestätigt. Dabei wurde insbesondere hervorgehoben, dass das sichere Schwimmen – entsprechend der Niveaustufe 4 des Schulschwimmpasses beziehungsweise dem Deutschen Schwimmbadabzeichen Bronze – spätestens am Ende der Grundschulzeit

¹ <https://www1.wdr.de/nrw/schwimmbad-sanierung-personal-situation-100.html>

² <https://www.rnd.de/politik/kein-eintritt-ohne-abzeichen-schwimmmeister-fordern-bundesweite-bronze-pflicht-in-freibaedern-5STE4MTM3JHIPGXTCHJQEOWYS4.html>

³ ebd.

erreicht werden muss. Die Stellungnahmen der Sachverständigen haben zudem deutlich gemacht, dass die Grundschulzeit das entscheidende Zeitfenster für den Erwerb sicherer Schwimmfähigkeit darstellt. Gleichzeitig wurde auf erhebliche Defizite bei der Datenerhebung, beim Umfang des Schwimmunterrichts, bei der Verfügbarkeit von Schwimmstätten sowie bei der personellen Ausstattung hingewiesen.⁴

Ein wesentlicher Grund für die rückläufigen Schwimmkompetenzen ist der häufige Ausfall des schulischen Schwimmunterrichts. Vielerorts fehlt es nicht nur an Schwimmflächen, sondern auch an ausreichend qualifizierten Lehrkräften mit entsprechender Schwimmbildung. Lehramtsstudierende gelangen häufig ohne fundierte Ausbildung im Bereich Schwimmen in den Vorbereitungsdienst, während Fortbildungsangebote nicht flächendeckend zur Verfügung stehen. Dadurch können zahlreiche Schulen den Schwimmunterricht nicht in dem Umfang anbieten, der für den Erwerb sicherer Schwimmfähigkeiten erforderlich wäre.

Trotz dieser eindeutigen Erkenntnisse hat die schwarz-grüne Landesregierung bislang keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen, um die Schwimmkompetenzen von Kindern und Jugendlichen systematisch zu verbessern. Zwar wurde ein Förderprogramm für Schwimmbäder angekündigt, doch bereits heute ist absehbar, dass die vorgesehenen Mittel den über Jahrzehnte aufgelaufenen Investitionsstau bei Hallenbädern und Lehrschwimmbecken nicht annähernd beseitigen werden. Gleichzeitig fehlen vielerorts ausreichende Wasserflächen für den schulischen Schwimmunterricht. Diese Entwicklung ist auch eine Folge des seit Jahren anhaltenden „Bädersterbens“. Nach Angaben des Schwimmverbandes NRW ist die Zahl der Frei-, Hallen- und Kombibäder in Nordrhein-Westfalen von 1.401 im Jahr 2001 auf nur noch 714 im Jahr 2025 gesunken. Damit hat sich die Zahl der verfügbaren Schwimmbäder innerhalb von knapp 25 Jahren nahezu halbiert. Nach einer im Januar 2025 veröffentlichten Studie der KfW drohen 16 Prozent der deutschen Frei- und 14 Prozent der Hallenbäder innerhalb weniger Jahre die Schließung wegen notwendiger Sanierung.⁵ Daher steht zu befürchten, dass sich die Verfügbarkeit von Schwimmflächen in Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren weiter zuspitzen wird. Hauptursachen hierfür sind die angespannte finanzielle Situation vieler Kommunen sowie die hohen Betriebs- und Sanierungskosten. Zusätzlich wurden in zahlreichen Städten und Gemeinden Lehrschwimmbecken aus Kostengründen aufgegeben. Der Mangel an Wasserflächen stellt inzwischen eines der größten strukturellen Hindernisse für den Erwerb von Schwimmkompetenzen dar. Viele Schulen verfügen über keinen wohnortnah erreichbaren Zugang mehr zu geeigneten Lehrschwimmbecken oder Hallenbädern. Verbleibende Anlagen sind häufig über Monate hinweg vollständig ausgelastet, sodass Schulen nur begrenzte Wasserzeiten erhalten oder lange auf freie Kapazitäten warten müssen. In zahlreichen Fällen müssen mehrere Schulen dieselben Wasserflächen nutzen, wodurch die Unterrichtszeiten reduziert oder auf wenige Unterrichtsblöcke im Schuljahr konzentriert werden. Hinzu kommen lange Anfahrtswege, die insbesondere im ländlichen Raum wertvolle Unterrichtszeit binden und die Organisation des Schulschwimmens erheblich erschweren. Wo Wasserflächen fehlen, kann Schwimmunterricht nicht regelmäßig und pädagogisch sinnvoll stattfinden. Selbst engagierte Schulen und qualifizierte Lehrkräfte stoßen damit an strukturelle Grenzen. Der Rückgang der Schwimmfähigkeit von Kindern ist deshalb nicht allein eine Frage der Unterrichtsorganisation, sondern zunehmend auch eine Folge unzureichender Infrastruktur.

Die Folgen dieser Entwicklung sind bereits heute deutlich spürbar. In ländlichen Regionen erschweren lange Anfahrtswege zu den verbliebenen Schwimmbädern die Durchführung des Unterrichts. In Ballungsräumen hingegen führt die starke Auslastung der vorhandenen Wasserflächen häufig zu Einschränkungen beim Schulschwimmen. Marode Bäder, fehlende

⁴ <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMA18-1143.pdf>

⁵ <https://www1.wdr.de/nrw/schwimmbad-sanierung-personal-situation-100.html>

Wasserflächen und Personalmangel haben zur Folge, dass Schwimmunterricht ausfällt oder nur eingeschränkt stattfinden kann. Besonders betroffen sind Kinder in sozial benachteiligten Regionen.

Nordrhein-Westfalen braucht deshalb eine umfassende Strategie, die Schwimmfähigkeit als Bildungs-, Sicherheits- und Teilhabefrage versteht. Ziel muss sein, dass jedes Kind die Grundschule als sichere Schwimmerin oder sicherer Schwimmer verlässt.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- Schwimmen eine grundlegende motorische Basiskompetenz und Voraussetzung für Sicherheit, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe ist;
- das Deutsche Schwimmabzeichen Bronze beziehungsweise die Niveaustufe 4 des Schulschwimmpasses den anerkannten Nachweis sicheren Schwimmens darstellt;
- die Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen weiterhin unzureichend ist und erhebliche soziale Unterschiede aufweist;
- die Grundschulzeit das entscheidende Zeitfenster für den Erwerb sicherer Schwimmfähigkeiten ist;
- fehlende Wasserflächen, sanierungsbedürftige Schwimmbäder und personelle Engpässe die Erreichung dieses Bildungsziels gefährden;
- das Land Verantwortung dafür trägt, allen Kindern unabhängig von Herkunft und sozialem Hintergrund den Erwerb sicherer Schwimmkompetenzen zu ermöglichen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die soziale Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen zu stärken und den Erwerb von sicheren Schwimmkompetenzen als zentrale Aufgabe der Bildungs- und Präventionspolitik zu verankern;
- den Lehrplan für den Schulsport in den Grundschulen zu überarbeiten und die vier Niveaustufen des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 4. Mai 2017 verbindlich zu implementieren;
- im Lehrplan für den Sportunterricht in der Grundschule verbindlich festzuschreiben, dass alle Schülerinnen und Schüler die Grundschule grundsätzlich mit dem Deutschen Schwimmabzeichen Bronze beziehungsweise der Niveaustufe 4 („Sicheres Schwimmen“) des Schulschwimmpasses verlassen sollen;
- im Zuge der Umstellung der Erhebung der Amtlichen Schuldaten ab dem Schuljahr 2027/2028 die Schwimmfähigkeit aller Schülerinnen und Schüler am Ende der Grundschulzeit systematisch zu erfassen, um erstmals eine belastbare Datengrundlage für die Steuerung der Schwimmausbildung in Nordrhein-Westfalen zu schaffen;
- gemeinsam mit den Kommunen, den Schwimmverbänden und den Trägern der freien Jugendhilfe ein landesweites Konzept zur frühkindlichen Wassergewöhnung und Wasserbewältigung im Kita-Alter zu entwickeln;
- die Förderung und Finanzierung von Schwimmassistenzen dauerhaft sicherzustellen und einen landesweiten Assistenzpool aufzubauen, der insbesondere Schulen unterstützt, an denen Schwimmunterricht nicht oder nur eingeschränkt stattfinden kann;
- beim angekündigten Förderprogramm für kommunale Schwimmbäder einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung von Lehrschwimmbecken und Schwimmbädern, die für das Schulschwimmen genutzt werden können, zu legen. Dabei sollten insbesondere Standorte in unterversorgten Regionen sowie im direkten Umfeld von Schulen mit einem hohen Sozialindex prioritär berücksichtigt werden;

- den Verbundsatz im Gemeindefinanzierungsgesetz zu erhöhen, damit die Kommunen in die Lage versetzt werden, dem Verfall der kommunalen Infrastruktur langfristig entgegenzuwirken. die angekündigten Fördermittel für die Schwimmbäderinfrastruktur deutlich aufzustocken und ein langfristiges Investitionsprogramm vorzulegen, das dem tatsächlichen Sanierungs- und Neubaubedarf in Nordrhein-Westfalen gerecht wird.

Jochen Ott
 Ina Blumenthal
 Lisa-Kristin Kapteinat
 Dr. Dennis Maelzer
 Tülay Durdu
 Dilek Engin
 Justus Moor

und Fraktion